



Angeklagter Ex-Bordellier Schwanz
Standhaftes Schweigen

tet, die Franke laut Kladde ebenfalls bedacht hat: so der damalige Oppositionschef und heutige Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (75 000 Mark) und der Bundestagsabgeordnete Peter Kittelmann (145 000 Mark).

Diepgen weigert sich bisher, den Parteifreund Quell vom Bürgermeisteramt zu dispensieren, Begründung: Schließlich gehe es „nur um Vorteilsannahme“ (Geldstrafe oder Haft immerhin bis zu zwei Jahren). Unbeirrt bleibt er bei seiner Version von der „Verstrickung einzelner“. Die Berliner Sonderkommission Lietzenburger Straße („Soko Lietze“) aber hat erst 40 Ermittlungsverfahren abgeschlossen. Mehr als doppelt so viele harren der Aufklärung.

Auf der Verdächtigen-Liste taucht neben all den Politikern, Baugrößen, Beamten und Halbweltfiguren neuerdings sogar ein evangelischer Pfarrer auf. Fahnder entdeckten, daß der Neuköllner Pastor Bernhard „Billy“ Butzke zur Pflasterung auf Kirchvorhof und Friedhof „in exorbitantem Übermaß“ Gehwegplatten geordert hatte. Die überzählige Ware im Wert von 150 000 Mark hätte, spottete ein Beamter, „noch für mehrere Friedhöfe ausgereicht“.

Den Verdacht der Untreue nährte insbesondere eine Entdeckung: Der Gottesmann fährt Jaguar. Seinem Anwalt Reymer von Wedel versicherte der England-Fan Butzke, er habe den Wagen „belegbar in bar“ bezahlt. Vorbesitzer: der Bremer Gehwegplatten-Lieferant.

MUTLANGEN

Pietät und Takt

Nach ihrer Blockade des Pershing-Depots müssen Richter vor Gericht.

Den US-Soldaten, die am Montag vergangener Woche morgens um neun zum Dienst ins Mutlanger Pershing-Depot fahren wollten, war die Szene schon vertraut. Da saßen wieder mal Friedensfreunde auf der Kreuzung. Die Soldaten lasen Zeitung, bis Polizisten die zwanzig Störer, die vor Kälte klapperten, aus dem Weg geräumt hatten – alles Routine.

Daß es bei der Routine nicht bleiben würde, merkten die Polizeibeamten, als sie auf der Wache die Personalien der Festgenommenen zu Protokoll nahmen. „Das haben wir hier“, staunte einer, „noch nicht gehabt“. Als Beruf gaben alle Täter „Richter“ an.

Ein Novum auch in der deutschen Justizgeschichte: Die zwanzig Richter aus allen Teilen des Landes, einer gar vom Oberlandesgericht, verabredeten sich zu einer Friedensaktion, die von den meisten ihrer Kollegen als Straftat, als Nötigung, angesehen wird. Wer gegen den „Wahnsinn der Atomrüstung“ protestiere, so der Mutlangen-Demonstrant und Hamburger Strafrichter Ulf Panzer, der müsse notfalls das „Risiko einer Verurteilung in Kauf nehmen“.

Die Verurteilung folgte auf dem Fuße. „Rechtswidrig“, richtete FDP-Bundesjustizminister Hans Engelhard, sei der Protest gewesen. Und sein niedersächsischer Kollege Walter Remmers

konnte „Empörung über dieses Verhalten nicht länger unterdrücken“.

Der Deutsche Richterbund rügte die Kollegen, ihr Tun sei mit „dem Mäßigungsgebot nicht mehr vereinbar“, und die liberale „Süddeutsche Zeitung“ kritisierte: „Es fehlte nur noch, daß sie dabei ihre Robe anlegten.“ Nur der Kölner Strafrechtsprofessor Ulrich Klug verteidigte die Blockierer: „Seid doch froh, wenn Richter sich engagieren!“

Wie weit Richter mit politischem Protest gehen dürfen, ist umstritten, seit im August 1983 Richter und Staatsanwälte per Zeitungsanzeige gegen die Nachrüstung protestiert haben: Um Maßregelungen durch Vorgesetzte wird noch vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt. Dessen Präsident, Horst Sandler, zieht die Grenze ganz unjuristisch: „Richter dürfen alles sagen, wenn sie es mit Pietät und Takt tun.“

Ob der zivile Ungehorsam taktvoll genug war, müssen die Dienstvorgesetzten nach dem Richtergesetz beurteilen. Danach muß sich ein Richter „so verhalten, daß das Vertrauen in seine Unabhängigkeit nicht gefährdet wird“. Genau dieses Gebot aber, so der Berliner Justizsenator Rupert Scholz (CDU), hätten die Friedens-Richter mißachtet, die Blockade-Aktion sei „nicht hinnehmbar“. Gegen einen Berliner Amtsrichter, der auch dabei war, wird nun ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Nicht anders geht es Kollegen in Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Gelassener sehen das die Justizchefs in SPD-regierten Ländern. Hamburgs Justizsenator Wolfgang Curilla erklärte, er „verstehe“ die mit der Aktion „zum Ausdruck gekommene Besorgnis der

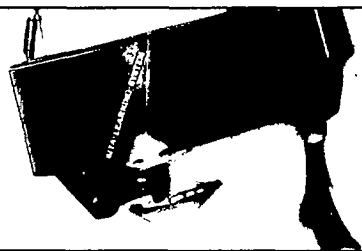


Richter-Blockade in Mutlangen: „Nur noch die Robe fehlte“

Köhn- lechner Exklusiv- Kuren

Informationen über diese
und andere Kuren erteilt
Ihnen: Köhnlechner Zentrum
Kurplatz 3
8399 Bad Griesbach
Tel. (08532) 2061
Bitte fordern Sie unverbindlich
unsere Unterlagen an.

Lernen wie im Schlaf



SITA LEARNING SYSTEM

Die sanfte, schnelle »Super«-Lernmethode. Von Wissenschaftlern entwickelt, von Wissenschaftlern getestet: Mit Lernmaske und Steuergerät lernen Sie zuhause und in Seminaren bis zu 200 Vokabeln in der Stunde. Einzigartige Sprachkurse gibt es in Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch für Anfänger und Könner. Presse, Rundfunk und Fernsehen bestätigen: SITA LEARNING® ist revolutionär.

Gratis-Info bei:
SITA, Amselstieg 38, 2080 Pinneberg,
Tel. 04101-61055

Name

Straße

PLZ

Ort

SITA

S 26

Richter“. Und in Hessen kündigte ein Justizsprecher an, man unternehme „erst mal gar nichts“. „Wir warten, bis die Staatsanwaltschaft uns etwas mitteilt.“

Die Staatsanwälte haben bereits gegen alle Protest-Richter Strafverfahren eingeleitet. Angeklagt wird in Schwäbisch Gmünd, dessen Richter traurige Berühmtheit erlangten, weil sie Hunderte von Blockierern zu Geldstrafen verurteilten.

Doch seit Donnerstag vergangener Woche scheint nicht mehr so sicher, daß die Kollegen wirklich abgestraft werden. Einer der sieben Gmündner Amtsrichter, der 46 Jahre alte Wolfgang Krumhard, verkündete – drei Tage nach der Richter-Blockade – seinen ersten Freispruch gegen einen Lehrer, der sich wegen Nötigung verantworten mußte.

Ein „intensiver Denkprozeß“, so der Richter, habe ihn zum Umdenken veranlaßt. Krumhard beruft sich auf das Nötigungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom vergangenen November.

Vier Verfassungsrichter hatten Sitzdemos nach dem Mutlangen-Muster für straffrei erklärt. Vier andere allerdings, deren Ansicht für das Urteil den Ausschlag gab, überließen es den Gerichten, ob sie nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalls Strafen aussprechen wollen.

Das Karlsruher Urteil wird auch im Mittelpunkt des Prozesses stehen, den die Blockade-Richter womöglich schon in wenigen Monaten zu erwarten haben. Taktvoll soll es wenigstens dann zugehen. „Darf ich eigentlich“, fragte sich schon bei der Tat einer der Blockierer, „das Hohe Gericht mit ‚liebe Kollegen‘ anreden?“

SPD

Mehr als klug

Von der SPD-Bastion Nordrhein-Westfalen soll nach der Bundestagswahl die Erneuerung der zerrissenen Partei ausgehen.

Wenn der nordrhein-westfälische Finanzminister Diether Posser, 64, in seinen Bilanzen blättert, fallen ihm drastische Vergleiche ein. Die Haushaltslage gleiche einer „chronischen Krankheit“, klagte der Genosse, die „dramatisch steigenden Zinslasten“ erinnerten ihn nicht nur an die Leidensgenossen in Bremen und im Saarland, sondern auch an die katastrophalen Finanzen der Dritte-Welt-Länder Brasilien und Mexiko.

Das volkreichste Bundesland, regiert vom SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau, ist mit rund 80 Milliarden Mark verschuldet. Anfang Januar zog Posser die Bremse: Den Ministerkollegen stellte er einen 34 Seiten starken Spar-Erlaß zu und verhängte damit faktisch eine Ausgabensperre.

Um insgesamt 760 Millionen Mark will Posser den Haushalt (Gesamtvolumen:



Sozialdemokrat Farthmann
Als Geschäftsführer nach Bonn?

59,8 Milliarden Mark) kürzen, der im Dezember vorigen Jahres vom Landtag beschlossen worden war. Die Geldschneiderei ist angesichts knapper Kassen zwar nicht ungewöhnlich. Doch am Dienstag voriger Woche sah sich der Finanzminister, schon vor einer Kabinettsitzung zum Thema, scharfer Kritik ausgesetzt.

Was Posser da entschieden habe, so Arbeitsminister Hermann Heinemann, sei „mehr als klug, nämlich unklug“ und „geradezu idiotisch“. Wohnungsbauminister Christoph Zöpel kommentierte: „Politisch instinktos.“ Der farblose Oppositionsführer Bernhard Worms ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen: „Eine Bankrotterklärung für die Finanzpolitik der Regierung Rau.“

Weniger die Sache, der Zeitpunkt war es, der die Genossen aufbrachte – zwölf Tage vor der Wahl. Rau, auf Wahlkampf tour in der Autostadt Neckarsulm, reagierte zunächst verblüfft. Er hatte gedacht, die Ausgabensperre, die Posser bereits Ende 1986 angekündigt hatte, sei längst beschlossen.

Der gescholtene Finanzchef gab sich gelassen: „Ich schiele nicht opportunistisch nach Wahlterminen und stimme so etwas nicht mit der SPD-Wahlkampf führung ab.“ Possers Aktion hat den Ministerpräsidenten, der seit einem Jahr mit Wahlkampf beschäftigt ist, jäh daran erinnert, daß nach dem 25. Januar in Nordrhein-Westfalen nichts mehr so sein wird wie vorher.

Wenn Rau am kommenden Wahlsonntag erwartungsgemäß seine erste wirkliche Niederlage nach 30 Jahre wäh-